

VOLKS
BLATT | SPLITTER

Berliner Justiz schweigt



FRANKFURT/MAIN- Trotz eines Zeitungsberichts, wonach die Drogen-Analyse der Haarprobe Michel Friedmans (Bild) positiv war, will sich die Berliner Justiz nach wie vor nicht zu Einzelheiten des Verfahrens äussern. Justizsprecher Björn Retzlaff sagte am Montag auf Anfrage, man werde die Öffentlichkeit erst dann wieder informieren, wenn es der Stand der Ermittlungen zulasse. «In das Verfahren muss wieder Ruhe einkehren, damit die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit tun kann», sagte Retzlaff.

Polygamisten-Heirat

KAIRO - Ein ägyptischer Ehemann hat seine frisch angetraute Frau wegen Polygamie ins Gefängnis gebracht, weil sie zuvor bereits heimlich zwei andere Männer geheiratet hatte. Dass er selbst ihr bei der Hochzeit verschwiegen hatte, dass er eine weitere Ehefrau und drei Kinder hat, fand er dagegen nicht weiter schlimm. Männer dürfen in Ägypten nach islamischem Recht bis zu vier Frauen heiraten, Frauen dagegen nur einen Ehemann.

Feuer ein Drittel grösser



TUCSON - Trotz des Einsatzes von jetzt fast 1000 Feuerwehrleuten frisst sich der Waldbrand in einer Gebirgsregion bei Tucson (Arizona) beharrlich vorwärts. Nach Behördenangaben vom Montag weitete er sich innerhalb von 24 Stunden um ein Drittel aus und hat inzwischen rund 5000 Hektaren Land mit Pinien geschwärzt. Die Meteorologen haben anhaltend heisse Winde gepaart mit niedriger Luftfeuchtigkeit vorhergesagt.

Heftige Kritik an Inhaftierung

PARIS - Die Inhaftierung des prominenten Globalisierungskritikers José Bové hat in Frankreich hohe Wellen geschlagen. Oppositionsgruppen und Gewerkschaften protestierten am Montag gegen die Festnahme und Festsetzung des populären Bauernführers vom Vortag.

Die Kritiker erwachen

Demokratische Präsidentschaftsanwärter greifen Bushs Irakpolitik an

CHICAGO - Mit ungewohnt scharfer Kritik an der Irak-Politik von George W. Bush haben sich die potenziellen Herausforderer des US-Präsidenten für die Wahl im kommenden Jahr in Stellung gebracht.

Bush habe mit dem Irak-Krieg «ohne guten Grund junge Amerikaner und Amerikanerinnen in Gefahr gebracht», sagte die Oppositionspolitikerin Carol Moseley Braun am Sonntagabend (Ortszeit) bei einer Diskussion von sieben Anwärtern auf die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten in Chicago. Der Irak-Feldzug sei «ein gewollter Krieg, keine Notwendigkeit» gewesen, kritisierte Braun. Der Kongressabgeordnete Dennis Kucinich warf Bush bewusste Irreführung der Öffentlichkeit in der Frage der Massenvernichtungswaffen vor. «Das amerikanische Volk anzulügen ist auch eine Massenvernichtungswaffe», sagte der Politiker. Der Kandidatenanwärter Al Sharpton sagte, gegen Bushs Vorgänger Bill Clinton wäre längst ein Amtsenthebungsverfahren eröffnet worden, hätte er sich wie Bush verhalten.

Nichts gefunden

Der Demokrat Howard Dean hob hervor, dass die US-Truppen auch



US-Präsident George W. Bush muss harte Kritik einstecken.

nach mehr als 50 Tagen Kontrolle über Irak keinerlei Massenvernichtungswaffen gefunden hätten.

Scharfe Kritik übten die Oppositionspolitiker auch an der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik der Regierung Bush. Vor dem Krieg und in seinem Verlauf war bei der Opposition kaum Kritik an der Irak-Politik der Regierung Bush laut geworden.

IRAKISCHES HEER

BAGDAD - Die US-Zivilverwaltung in Irak will in der kommenden Woche mit der Aufstellung eines neuen irakischen Heeres beginnen. Die Soldaten sollen die Bewachung der Grenzen und anderer wichtiger Einrichtungen übernehmen. Die Auflösung der bisherigen irakischen Streitkräfte am 23. Mai hatte zu grossem Unmut unter den arbeitslosen Soldaten geführt. Allerdings wird nur ein Bruchteil der ehemaligen Soldaten in dem neuen Heer Arbeit finden. Im ersten Jahr sollen nur 12 000 Soldaten ausgebildet werden, wie der Sicherheitsberater der Besatzungsbehörde, Walter Slocombe, erklärte. Bis 2006 sollten die neuen irakischen Streitkräfte auf 40 000 Mann anwachsen.

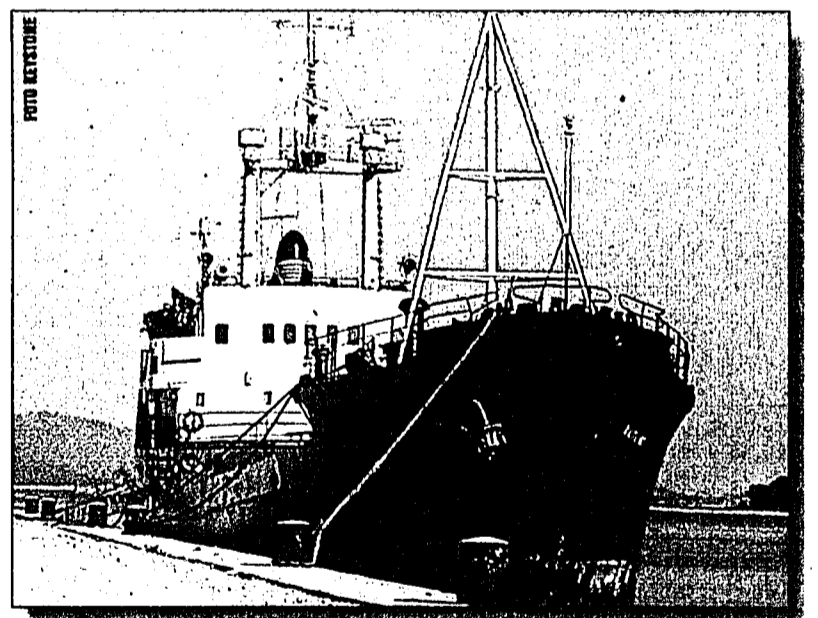
680 Tonnen Sprengstoff an Bord

Griechische Küstenwache stoppte Frachter «Baltic Sky»

ATHEN - Spezialeinheiten griechischer Sicherheitsbehörden haben am Sonntag ein Schiff mit 680 Tonnen TNT-Sprengstoff beschlagnahmt. Das Schiff stand auf der «schwarzen Liste» der internationalen Sicherheitsbehörden.

Dies teilte der griechische Minister für Handelsschifffahrt, Giorgos Anomeritis, bei einer Pressekonferenz am Montag mit. Er liess offen, ob der Fall einen terroristischen Hintergrund hat. «Das Schiff sollte ursprünglich nach Sudan fahren. Empfänger war eine Briefkasten-Firma in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum», sagte der Minister. Diese Firma habe nicht existiert.

Aus diesem Grund hätten die Behörden «noch enger» die Bewegungen des Schiffes beobachtet. Die 680 Tonnen Sprengstoff sind nach den Worten des Ministers «die grösste Menge, die bislang im Mittelmeer sichergestellt werden konnte». Wie der griechische Minister weiter bekannt gab, sei der Frachter «Baltic Sky» am 20. April in Albanien gestartet. Am 12. Mai befand sich das Schiff in Tunesien, wo es möglicherweise den Sprengstoff lud. An Bord des Frachters sind ausser dem Sprengstoff auch mehrere tausend Zünder sichergestellt worden. Die Besatzung, fünf Männer aus der Ukraine und zwei aus Aserbaidschan, wurde festgenommen.



Die «Baltic Sky» hatte rund 680 Tonnen Sprengstoff an Bord.

Sao Paulo sieht rosa

Hunderttausende bei Schwulenparade



SAO PAULO - Rund 800 000 Menschen haben in Sao Paulo an einer der grössten Schwulen- und Lesbenparaden der Welt teilgenommen. Bunt kostümiert und mit Regenbogenfahnen zogen sie am Sonntag über die Avenida Paulista und tanzten zu den Techno- und Samba-Rhythmen von 20 Lautsprecherwagen.

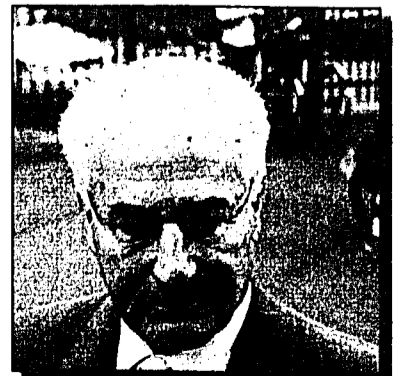
Zäch vor Gericht

CVP-Nationalrat sieht sich als Opfer

BASEL - Guido A. Zäch, der Präsident der Schweizer Paraplegiker Stiftung, steht seit Montag vor dem Basler Strafgericht. Zäch soll der Stiftung einen Schaden in der Höhe von 62 Millionen zugefügt haben. Der Aargauer CVP-Nationalrat sieht sich als Opfer von Neldern. Ausserdem habe man ihn verurteilt.

Die Anklage wirft dem 68-jährigen Arzt mehrfache Veruntreuung und ungetreue Geschäftsbesorgung sowie Verleumdung vor. Im Zentrum stehen verfehlte Investitionen in Liegenschaften und Bauprojekte. Zäch soll sich in mehreren Fällen entweder persönlich bereichert oder dann ihm nahe stehende Per-

sonen unrechtmässig begünstigt haben. Ausserdem habe sich Zäch, der auch Präsident der Gönnervereinigung der Paraplegiker-Stiftung ist, prinzipiell über die Anlagevorschriften der Stiftung hinweggesetzt.



Guido A. Zäch steht seit gestern vor dem Basler Strafgericht.

www.volksblatt.li

Grösstes
Text- und Bildarchiv
auf
Liechtensteins
Mediensite
No. 1

www.li